

Eilantrag der Fraktion der AfD
im Kreistag Oder-Spree

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landrat wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die für die medizinischen und Pflegeberufe angeordnete Impfpflicht gegen Corona aufgehoben hilfsweise ausgesetzt wird und auf dieser Grundlage keine Berufsausübungsverbote ausgesprochen werden.

Der Landrat möge aufgrund des absehbaren Pflegenotstands ab 16. März 2022 davon absehen, gegenüber ungeimpften Mitarbeitern und deren Arbeitgebern Zwangsmaßnahmen einzuleiten und möge den Verzicht auf Zwangsmaßnahmen bereits jetzt nach außen kommunizieren.

Begründung:

Unter dem 31.01.2022 ist bekannt geworden, dass England die gesetzliche Impfpflicht für Pflegepersonal aufhebt.

https://www.tichyseinblick.de/daily-es-sentials/england-impfpflicht-fuer-medizinisches-personal-gekippt/?fbclid=IwAR3TJadkJDRu3aUFiAIS4GV8GstRntqf5mm8_PDI-Filp9CMe_I7ThJ478k

Begründet wird dies u.a. mit der vorhersehbaren Personalnot. Etwa 77.000 Mitarbeiter im medizinischen Bereich hätten in England ihre Arbeitsberechtigung verloren und die Versorgung der Patienten und der Pflegebedürftigen wäre ohne diese Mitarbeiter nicht zu bewältigen.

Auch hier im Land wird diese Impfpflicht als kritisch angesehen. Dies ergibt sich aus mehreren parteipolitischen Spektren heraus. Zum einen schätzt der Bürgermeister von Frankfurt (Oder) die Impfpflicht und das darauf aufbauende Berufsausübungsverbot als gefährlich für die Versorgung und in der Sache nicht (mehr) gerechtfertigt an.

<https://www.moz.de/lokales/frankfurt-oder/jahreswechsel-in-frankfurt-oder-warum-ob-rene-wilke-eine-impfpflicht-kritisch-sieht-und-worauf-er-sich-2022-besonders-freut-61791467.html>

Zum anderen wird auch aus CDU-Kreisen (z.B. Landkreis Bautzen) die Forderung erhoben, das Berufsausübungsverbot nicht umzusetzen, weil sonst die Versorgung nicht mehr sichergestellt werden kann.

Aktuell wird die Forderung nach Lockerungen auch von 2 CDU-Ministern in Brandenburg erhoben.

<https://www.zeit.de/news/2022-01/29/stuebgen-fordert-lockerung-der-corona-beschaenkungen>

Wenn die Berufsausübungsverbote in Oder-Spree umgesetzt werden, in anderen Regionen aber nicht, droht eine Abwanderung von Mitarbeitern. Dies würde die Versorgungslage im hiesigen Landkreis erheblich verschärfen.

Die bessere Bezahlung in Berlin hat sowieso schon Fachkräfte abwandern lassen. Eine weitere Abwanderung von Fachkräften ist für die Region nur schwer zu verkraften.

Die sichere und gute Versorgung der Kranken und Pflegebedürftigen im Landkreis Oder-Spree muss Vorrang vor der Umsetzung von Berufsausübungsverböten haben. Es ist nicht gerechtfertigt, wenn der Landkreis auf dem Rücken der Kranken und der Pflegebedürftigen Zwang auf die Mitarbeiter ausübt und diese von der Berufsausübung ausschließt.

Dies eben auch, weil die Mitarbeiter im Pflegebereich durch die seit 2 Jahren andauernde Corona-Situation bereits bis an die Schmerzgrenze und darüber hinaus belastet sind.

Die Eilbedürftigkeit des Antrags ergibt sich daraus, dass bis zum 16. März 2022 nicht mehr in anderer Weise abgesichert werden kann, dass Kranke und Pflegebedürftige in Oder-Spree angemessen versorgt werden.

Arbeitgeber wenden sich bereits jetzt an ihre ungeimpften Mitarbeiter und drohen ihnen unbezahlte Freistellung bzw. Aufkündigung der Arbeitsverhältnisse an. Dem kann durch den Verzicht auf Zwangsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Bei der Abwägung zwischen der Durchsetzung der Impfpflicht und der Notwendigkeit Versorgungssicherheit zu erhalten, möge der Landrat sich auf die Seite der Kranken, der Pflegebedürftigen und der Mitarbeiter, die dies gewährleisten, stellen.

Lars Aulich



Fraktionsvorsitzender der AfD im Kreistag LOS